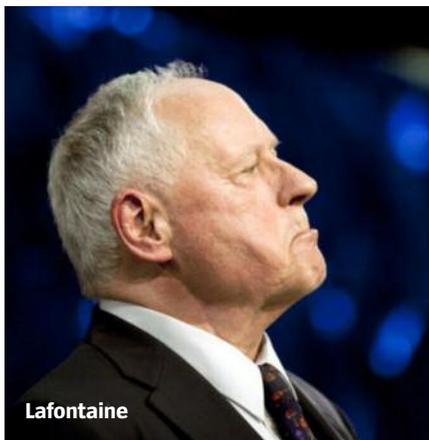


LINKE

## Gewisse Greise

In der Linkspartei wird über das neue Führungsteam verhandelt, das auf dem Parteitag Anfang Juni gewählt wird. Dabei soll Oskar Lafontaine erste Bedingungen für eine Rückkehr an die Parteispitze genannt haben, heißt es aus dem Führungskreis. Der saarländische Fraktionschef erwarte vom bisherigen Fraktionsvize Dietmar Bartsch, der sich um den Vorsitz bewirbt, eine Unterordnung als Stellvertreter. Bartsch will sich aber, wenn Lafontaine wieder für den Vorsitz kandidiert, um das Amt des Bundesgeschäftsführers bewerben. Lafontaine dränge zudem darauf, dass der Vizevorsitzende Heinz Bierbaum – ein Vertrauter Lafontaines aus dem Saarland – eine wichtige Rolle behalte. Als gesetzt gilt eine erneute Kandidatur der jetzigen Stellvertreterin Katja Kipping. Sahra Wagenknecht hingegen zielt mittelfristig eher auf den Fraktionsvorsitz im Bundestag, den bisher Gregor Gysi innehat, heißt es. Sollte Lafontaine nicht Vorsitzender werden, habe Wagenknecht Interesse daran, ihren Stellvertreterposten in der Partei zu behalten. Als ausgeschlossen gilt, dass Lafontaine und Wagenknecht gemeinsam in den Vorstand einziehen. Wenig Chancen auf eine zweite Amtszeit hätten hingegen die bisherigen Bundesgeschäftsführer Caren Lay und Werner Dreibus.

In der Linken herrscht weiterhin Unmut über die Entscheidung, der Basis das neue Personaltableau erst nach der NRW-Landtagswahl am 13. Mai zu präsentieren. Aus der Berliner Parteizentrale heißt es, Mitglieder würden sich dort melden und darüber beschweren, dass nur „gewisse Kreise“ und „gewisse Greise“ über die Zukunft der Partei verhandelten.



Lafontaine

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL



Bischöfe in Fulda

KATHARINA EBEL / KNA-BILD

MISSBRAUCHSSKANDAL

## Priester gegen Aufarbeitung

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen stößt bei der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche immer noch auf Widerstand. Im vergangenen Sommer hatte die Deutsche Bischofskonferenz das Institut beauftragt, in einem Forschungsprojekt die Personalakten der Kirche auf Missbrauchsfälle zu untersuchen. Die Bistümer Hildesheim und Trier stellten Akten für erste Auswertungen zur Verfügung; inwieweit die anderen 25 deutschen Diözesen ihre Personalakten übergeben, ist aber immer noch nicht ganz geklärt. Viele Pfarrer fürchten offenbar, dass bei Weitergabe der Akten an die Wissenschaftler vertrauliche Daten an die Öffentlichkeit geraten. Seinen Mitarbeitern würden „doch überhaupt keine Akten direkt ausgehändigt“, beschwichtigt Institutsleiter Christian Pfeiffer die Kleriker. Um „Täterakten herauszufiltern“, würden Mitarbeiter der Bistümer sowie je ein externer Jurist die Dossiers vorsortieren. Diese verließen „zu keinem Zeitpunkt die vom Generalvikar vorgesehenen Räumlichkeiten der Kirche“, so Pfeiffer. Außerdem dürften die anonymisierten Daten weder einer Person noch einem Bistum zugeordnet werden können. Ein Treffen der Kriminologen mit aufgebrauchten Pfarrern endete ohne verbindliches Ergebnis.

MINISTERIEN

## Lobbyist als Regierungsvertreter

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beschäftigt einen Lobbyisten als sogenannten Austausch-Referenten und handelt sich damit heftige Kritik von Transparency Deutschland ein. Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der

G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. „Es ist degoutant, dass ein BDI-Vertreter in solchen Verhandlungen die Bundesregierung vertritt“, kritisiert die Vorsitzende von Transparency Deutschland, Edda Müller. Die Mitarbeit des BDI-Manns ist auf zwei Jahre angelegt, obwohl die Vorschrift über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung vorsieht, dass die Dauer „im Regelfall sechs Monate nicht überschreiten“ soll. Von Retter war keine Stellungnahme zu erhalten. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe „keine eigenständigen Entscheidungen“ und unterstütze „lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ“.